



BONJOUR TRISTESSE
Berliner Kneipen im Dauer-Lockdown
(Seiten 3)



TATORT NEUKÖLLN
Rechte Anschlagsserie, Polizei
schaut weg (Seite 4/5)



**+ 4 Seiten
Extra zur
Bundestagswahl
2021**

Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN | 2 / 2021



Foto: Uwe Hixsch

Wo eine Villa, da ein Weg

Im vornehmen Dahlem steht ein Haus. Ein »traumhaftes Bau-
denkmal in Bestlage«. 285 Qua-
dratmeter Wohnfläche auf einem
1317 Quadratmeter großen
Anwesen. Doch sein Eigentümer
besitzt nicht nur diese schucke
Villa. Zwei weitere Immobilien in
Schöneberg und eine im westfäli-
schen Ahaus nennt er sein eigen.
Dieser bescheidene Mann gebie-
tet auch über ein Repertoire be-
scheidener Ansichten. »Niemand
müsste in Deutschland hungern,
wenn es die Tafeln nicht gäbe«,
gibt er im Frühjahr 2018 zu Pro-
tokoll. Und: »Hartz IV bedeutet
nicht Armut.« Es sei vielmehr die
Antwort der Solidargemeinschaft
auf die Armut; damit habe jeder
das, was er zum Leben brauche.
Hat dieser Jens Spahn endlich,
was er zum Leben braucht, oder
darf es noch eine Villa mehr
sein? Gegenwärtig liegt der
Hartz-IV-Regelsatz bei 446 Euro.
Der Gesamtwert seiner Immo-
bilien indessen dürfte deutlich
jenseits von 4.460.000 Euro
liegen, also dem zehntausend-
fachen des Almosens, das unter
permanenter Amtsgängelei ein
Erwerbsloser von Staats wegen
monatlich erhält – zum Leben zu
wenig, zum Sterben zu viel.

Unter dem Motto »Wo eine
Villa ist, ist auch ein Weg«, verla-
gern sich seit einigen Jahren die
Berliner Demonstrationen zum 1.
Mai von Kreuzberg in den wahren
Problembezirk Grunewald.
Die kümmerliche Behausung des
Gesundheitsministers liegt nur
einen Steinwurf vom Villenviertel
entfernt. Da lohnt sich ein Be-
such. Für einen dabei getätigten
martialischen Ausruf wie: »Wo
gehobelt wird, da fallen Späh-
ne«, hätte der Sozialdarwinist
Spahn sicher Verständnis. (jr)

ANZEIGE

Einsame Klasse

Solidarität gegen die Logik des Kapitals

Von Jakob Renard

Die Sache mutet paradox an: Da entdecken bürgerliche Medien »ein neues Interesse an der Klassenfrage«, beschneffeln neugierig und ohne Arg dieses Ding, als sei es etwas nie dagewesenes, doch von einem Aufbruch der Klassenkämpfe und der Klassenorganisationen keine Spur. Das kann erklärt werden. Kommt die öffentliche Diskussion neuerdings wieder gehäuft auf die Klasse zu sprechen, geht es dabei grundsätzlich nicht um Kämpfe und kollektive Organisation, sondern um persönliche Erniedrigungserfahrungen und um die Scham, dem verarmten, dem abgehängten Teil der Gesellschaft zu entstammen. Die Klassenfrage wird ganz einfach zu einer Frage des subjektiven Erlebens vereinzelt und mit der Aufforderung beantwortet, doch bitte mehr Respekt für das eigene Elend zu bezeugen. Wo von Handlungsmacht und Solidarität gar nicht erst die Rede geht, kann bedenkenlos mit dem so zurechtgelegten Klassenbegriff hantiert werden, den der akademische und der mediale Betrieb in diesem Land sich ansonsten jahrzehntelang konsequent verbat.

Solidarität immerhin ist derweil das Motto der DGB-Gewerkschaften zum diesjährigen 1. Mai. Und einmal angenommen, diese großen Klassenorganisationen sprächen in ihrem Aufruf zum »Tag der Arbeit« ernsthaft von »Klassen-solidarität«, bestimmten einmal wirklich den Gegner, riefen zum Kampf auf: Dann wäre, das ist gewiss, der eben erst wiederentdeckte Klassenbegriff ganz plötzlich nicht mehr zulässig. Doch keine Sorge. Signalwörter wie Klasse, Kapital und Kampf tauchen auf der DGB-Webseite im begleitenden Begründungstext, »warum Solidarität Zukunft ist«, nicht ein einziges Mal auf. So fällt denn der Solidaritätsaufruf reichlich unbestimmt und denkbar harmlos aus.

Gründe, in Ton wie Tat schärfer zu werden, bestehen allerdings zuhauf. Im Schatten der Pandemie, dank derer von der systembedingten ökonomischen Krise nicht mehr gesprochen werden muss, zeichnen sich erhebliche Umbrüche ab, zehntausende Jobs stehen auf dem Spiel, etliche sind bereits vernichtet worden, es fällt bloß noch nicht so sehr auf. In Berlin, einst der bedeutendste Einzelstandort der deutschen Industrie, droht der Verlust der letzten Industriearbeitsplätze.

Hunderte Stellen könnten im Zuge der Umstellung auf die Herstellung von Elektroautos im Daimler-Werk in Marienfelde, der ältesten Produktionsstätte des Konzerns, wegfallen, 750 bei Siemens Energy an zwei Standorten in den Stadtteilen Moabit und Spandau.

Dabei liegt die Erwerbslosenquote – abgesehen von Bremen – mit 10,5 Prozent (Stand: März 2021) in keinem Bundesland so hoch wie in Berlin. Das diszipliniert. Dieses Heer der »Überflüssigen«, das vom Staat mit seinem Hartz-IV-Regime unablässig gegängelt wird, macht stets deutlich, dass noch schlimmer, als vom Kapital vernutzt zu werden, nur eines ist: nicht vom Kapital vernutzt zu werden. Und diese Vernutzung muss nach Maßgabe der Kapitalakkumulation, im Zweifel das einzige Kriterium für das Funktionieren dieser Gesellschaftsordnung, auch um den Preis der Gesundheit der Lohnabhängigen fortgesetzt werden. Während Freizeitaktivitäten aufgrund der Pandemieverordnungen bestenfalls nur sehr eingeschränkt gestattet sind, muss der Laden weiter laufen, müssen Arbeiter und Angestellte tagein, tagaus zur Arbeit fahren, mit den Kollegen an der Maschine stehen oder im Großraumbüro ihr Werk verrichten. Kaum je wurde offiziell ernsthaft in Betracht gezogen, dass der Arbeitsplatz möglicherweise der Ansteckungsherd Nummer eins sein könnte. Denn das hieße ja, die Logik des Kapitals indirekt in Frage zu stellen.

Einstweilen bleibt nur, den größten Zumutungen der Lohnarbeit solidarisch und kollektiv entgegenzutreten. Vor etwa einem Jahr, mitten in der ersten Infektionswelle, weigerten sich osteuropäische Saisonarbeiter aufgrund erbärmlicher Verpflegung und Unterbringung sowie zurückgehaltener Entlohnung, den Deutschen ihren Spargel zu stechen, und in Norditalien, als dort das Virus am heftigsten wütete, traten Industriearbeiter in den Ausstand, weil sie sich ohne notwendige Schutzvorkehrungen nicht länger verheizen lassen wollten. So etwas darf sich wiederholen und wäre eine gute Botschaft am und für den 1. Mai: Solidarität ist Zukunft.

Ein Gespenst geht um in Europa...



Hoodie schwarz,
bordeauxrot
oder anthrazit
Je 26,90 €



T-Shirt schwarz,
bordeauxrot
oder grün
Je 17,90 €



Tragebeutel schwarz,
rot oder grün
Je 9,00 €

uzshop.de



shop@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788924

Kommentar

Sozial schwach?

Seuche trifft auf Armut



Von Stefan Natke,
Vorsitzender der DKP Berlin

Beengte Wohnverhältnisse und permanenter Kontakt mit anderen Menschen am Arbeitsplatz, etwa an der Supermarktkasse oder ohne angemessenen Schutz dicht an dicht mit den Kollegen beim miserabel entlohnten Knochenjob in der fleischverarbeitenden Industrie: Wer arm ist und prekär beschäftigt, wer sich also seine karge Behausung mit vielen weiteren teilen, seine Haut auch im Angesicht einer Pandemie tagein, tagaus zu Markte tragen muss, riskiert viel häufiger als Bessergestellte, sich mit Covid-19 zu infizieren und daran zu sterben. Man musste kein Seher sein, um das zu erwarten, doch jetzt lässt sich dieser Befund gleichsam staatsoffiziell schwarz auf weiß nachlesen. Ausweislich eines Mitte März vom Robert-Koch-Institut vorgestellten »Faktenblatts« lag die Covid-19-Sterblichkeit im Dezember und Januar »in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung«.

Diese Ergebnisse waren den bürgerlichen Blättern, die da regelmäßig von den »sozial Schwachen« schreiben, kaum eine Meldung wert. Sozial schwach aber, wenn man diese Wendung schon gebrauchen mag, beträgt sich der deutsche Staat – nicht zuletzt hinsichtlich der Vergabepraxis seiner Coronahilfen. Während große Kapitalgesellschaften wie Daimler und Lufthansa Staatsgelder in Milliardenhöhe abgreifen, um dann saftige Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten zu können, wird den armen Menschen nicht einmal der Ausgleich für die Mehrausgaben ersetzt, zu denen sie wegen der Pandemie gezwungen sind.

Dieser Staat des Kapitals hat kein soziales Gewissen, »Sozialpolitik« betreibt er, um seinem Kapital eine fortgesetzt ausbeutbare Mannschaft zur Verfügung zu stellen: eine staatlich unterstützte Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Der Laden muss weiter brummen, auch wenn das bedeutet, dass unter den Bedingungen einer um sich greifenden Seuche die »sozial Schwachen« ihr Leben gefährden. Wo von der Gewalt des Staates garantierte kapitalistische Produktionsweise herrscht, sind Elend und Krankheit notwendig inbegriffen – ein System, in dem die Armut den Reichtum und der Reichtum die Armut erzeugt. Die laufende »Coronakrise«, die in der herrschenden Darstellung zur plötzlich über uns gekommenen Naturkatastrophe vernebelt wird, verdeutlicht einmal mehr die Dringlichkeit, diesem System endlich den Garaus zu machen.

Bis zum 25. Juni sammelt die Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« Unterschriften für die Möglichkeit eines Gesetzes zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen. Ein Gespräch mit Michael Prütz

»Ohne Entschädigung kein Volksbegehren«

///DEUTSCHE
WOHNEN & CO
ENTEIGNEN

Bereits vor Corona schienen die Mieterproteste an Kraft verloren zu haben. Kann da gegenwärtig überhaupt noch von einer Bewegung gesprochen werden?

An breiten Mobilisierungen mangelt es tatsächlich – nicht nur aufgrund von Corona. Es gibt keine zentrale Idee, außer der, dass wir uns gegenseitig bekehren. Nichtsdestotrotz entwickeln sich lokal in Berlin viele Mieterinitiativen zu allen möglichen Themen.

Hat die Linkspartei mit dem Mietendeckel dazu beigetragen, die Mieterbewegung zu schwächen?

Ich glaube nicht, dass die Linkspartei dieses Ziel verfolgt hat. Aber natürlich hat das in der breiteren Mieterschaft dazu geführt, dass sich Leute mit dem Mietendeckel in Sicherheit wiegen.

Wie viele Unterschriften habt ihr für das Volksbegehren zur Erarbeitung eines Gesetzes, das die Vergesellschaftung der Bestände großer Wohnungsunternehmen regeln soll, inwieweit gesammelt?

Drei Wochen nach Start, am 19. März, hatten wir 50.000. Die nächste Zahl werden wir am 26. April veröffentlichen. Ich will aber sagen, dass es trotz Corona und wetterbedingten Schwierigkeiten ganz ausgezeichnet läuft.

Michael Prütz ist Sprecher der Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«

Lässt sich ernsthaft von Enteignung sprechen, wenn die Konzerne entschädigt werden?

Die Wahrheit ist, es hätte kein Volksbegehren gegeben, wenn wir die Frage der Entschädigung nicht eingebaut hätten. Andernfalls hätten wir uns nicht auf den Artikel 15 des Grundgesetzes berufen können. Nun nennt die Immobilienindustrie eine Entschädigungssumme von 36 bis 50 Milliarden Euro. Das sind Fantasiezahlen. Wir sagen, es muss – so ist es im Grundgesetzartikel vorgesehen – eine gerechte Abwägung zwischen den Interessen der zu Enteignenden und der Allgemeinheit geben. Und dann landen wir bei etwa acht Milliarden. Das wäre trotz Entschädigung ein ganz großer Schlag für die Immobilienkonzerne.

Wie kommt ihr auf diese Summe?

Die Mieter in Berlin sollten nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen. Daraus errechnen sich Durchschnittswerte und dann kommt man auf eine Zahl zwischen acht und 13 Milliarden Euro. Mit anderen Berechnungsmodellen

kommt man auf ähnliche Zahlen. Auch die amtliche Kostenschätzung liegt bei mindestens 28 bis 36 Milliarden Euro. Ist das die Entschädigungssumme, von der auch der Senat ausgeht?

Irgendwann war mal die Rede von 36 Milliarden, jetzt sind es 28 bis 29 Milliarden Euro. Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) nannte einmal auf einer Veranstaltung, an der ich teilnahm, 20 Milliarden. Also sehr volatile Zahlen, die zeigen, die Politiker haben sich noch nicht genau damit beschäftigt. Im Sommer werden wir ein paar Gutachten vorlegen, um die niedrige Entschädigung auch einmal juristisch und wissenschaftlich dazulegen. Außerdem haben wir bereits einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, den wir Ende April, Anfang Mai der Öffentlichkeit präsentieren werden.

Welche Haltung nehmen die Senatsparteien zum Volksbegehren ein?

Wir werden an Grüne und Linkspartei die Forderung richten, dass jede neue rot-rot-grüne Koalition in Berlin nur gebildet werden kann, wenn in dem Koalitionsvertrag ein Gesetzesentwurf zur Enteignung vorgesehen ist. Auch wenn einzelne Sozialdemokraten für uns gesammelt haben, ist klar, dass die SPD unser Volksbegehren ablehnt. Die Grünen sind zu vier Fünfteln für

uns und die Linkspartei steht voll hinter dem Anliegen.

Wie passt zusammen, dass die Linkspartei einerseits die Enteignungskampagne unterstützt und sich gleichzeitig an der Zerschlagung der S-Bahn beteiligt?

Sie ist Bestandteil der Koalition und ordnet sich der Koalitionsdisziplin unter. Das hat man auch an der Räumung der Kneipen »Syndikat« oder »Meuterei« gesehen. Für die Räumungen ist Innensenator Andreas Geisel von der SPD verantwortlich. Nun kann man der Linkspartei vorwerfen, warum sie die Koalition nicht an der Frage platzen lässt. Aber das wäre vermutlich der Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Die befinden sich in einem Dilemma. Aber das ist nicht unser Problem. Wir sind eine unabhängige Initiative, die von der Linkspartei unterstützt wird. Wir mischen uns in die inneren Angelegenheiten der Bündnispartner nicht ein. Da kämen wir in Teufelsküche.

Wie verbindlich wäre ein erfolgreicher Volksentscheid?

Wir müssen den Druck aufrechterhalten. Und im Grunde müssten wir den Volksentscheid mit einer Million Stimmen gewinnen. In Verhandlungen hätten wir damit eine enorme Kraft. Aber verlassen kann man sich auf gar nichts.

Aus der Redaktion

Berlin, im April 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie, dass nur 16 Prozent der Deutschen den Begriff »Kapitalismus« positiv bewerten, aber 52 Prozent negativ (FAZ vom 25.02.20)? Wie kommt es dann aber, dass bei Wahlen fast ausschließlich prokapitalistische Parteien gewählt werden und die antikapitalistische Alternative der DKP erst gar nicht wahrgenommen wird? Einer von vielen Gründen: In dieser Gesellschaft ist fast alles eine Frage des Geldes! Nur wem genügend davon zur Verfügung steht, kann sich bemerkbar machen – wie etwa die etablierten Parteien. Ihnen werden enorme Mittel von jenen Organisationen und Firmen gespendet, deren Interessen sie letztlich vertreten. Sie erhalten aber auch vom Staat riesige Beträge, die sie für ihre Wahlkämpfe einsetzen können. So standen den Berliner Sozialdemokraten für den Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 laut Medienberichten etwa 1,7 Millionen Euro zur Verfügung – die Berliner

DKP konnte gerade einmal 4.000 Euro einsetzen. Wie sollen wir da mithalten können?

Wie Sie wissen, wird am 26. September 2021 nicht nur das Berliner Abgeordnetenhaus, sondern gleichzeitig auch der Bundestag neu gewählt. Für beide Parlamente treten Kandidatinnen und Kandidaten der DKP an – aber wer kennt schon das Angebot, dass sie den Wählerinnen und Wählern machen? Mit dem Berliner Anstoß wollen wir wenigstens in unserer Stadt das Wahlprogramm der Kommunistinnen und Kommunisten sichtbar machen. So stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe die zentralen inhaltlichen Aussagen zur Bundestagswahl vor. Mit diesem Anstoß erreichen wir immerhin 30.000 Berliner Haushalte! In der folgenden Ausgabe, die im Juli erscheinen wird, stellen wir unser Berliner Programm für das Abgeordnetenhaus und die Spitzenkandidaten der DKP Berlin vor. Diese Ausgabe soll dann in einer noch viel höheren Auflage in Berlin verbreitet werden. Auf diesem Weg bekommen in Berlin so viele Menschen wie noch nie seit 1990 das inhaltliche Angebot der DKP und damit eine

echte Wahlalternative vorgelegt! Damit schreiben wir ein kleines Stück Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Aber um das finanzieren zu können, brauchen wir Spenden, allerdings nicht von der Industrie oder ähnlichen Interessenverbänden: Wir sind hier auf Sie, auf Ihre Spende angewiesen! Damit wir überhaupt zur Wahl antreten können, verlangt das Wahlgesetz, dass wir viele Unterstützerunterschriften der Wahlbehörde vorlegen. Das ist in Coronazeiten besonders schwierig, auch weil uns teilweise die Durchführung von Infoständen untersagt wird. Deshalb möchten wir Sie auch bitten, unsere Kandidatur zu unterstützen, in dem Sie den beiliegenden Unterstützerbogen ausfüllen und uns an folgende Adresse zusenden: Landesverband DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

Das Kollektiv des Berliner Anstoß

• Einen Spendencoupon finden Sie auf der Seite 6. Spenden unter dem Stichwort »Wahlkampf 2021«.

Impressum

Der Berliner Anstoß erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 – 29 78 31 32 /
Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 30.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. April 2021. Die nächste Ausgabe erscheint am 31.07.2021

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:
Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37

Verwendungszweck: Anstoß



Bonjour Tristesse

Berliner Kneipen im Dauer-Lockdown

Von Julian Günther

In der Kneipe gewesen. Geweint. Eine Bierschenke in Neukölln, nahe Hermannplatz, ist auf den Namen »Tristezza« getauft. Das trifft die gegenwärtige Lage, ja steht in diesen Monaten gleichsam stellvertretend für den Zustand aller Lokale, Wirtshäuser und Gaststätten, aller Kneipen, Kaschemmen und Absturzlöcher in Berlin und anderswo. Denn mit Tristesse ist die Atmosphäre, die an einem Ort herrscht, der seine Bestimmung nicht erfüllen kann, angemessen beschrieben. Wo üblicherweise ein ununterbrochenes Gewirr aus Stimmen in der Luft liegt, Menschen dicht gedrängt in Gruppen oder auch allein nach notwendiger Zerstreuung suchen, den Unbild des kapitalistischen Alltags wenigstens einen Abend lang zu entkommen, Bier und Schnäpse Körper und Geist wärmen, herrscht Stille. Die Stühle auf den Tischen, der Tresen verwaist, der Zapfhahn ausgetrocknet.

An einem lauen Frühlingsabend Ende März stehen sich vor »Hisar« am S-Bahnhof Yorkstraße Jugendliche die Beine in den Bauch für einen Döner. Vor dem »Leydicke« einen Straßenzug weiter wartet niemand. Warum auch? Hier wird seit November nicht mehr geöffnet. »Restaurants können den Außer-Haus-Verkauf organisieren. Wir Kneipen können das nicht«, sagt Raimon Marquardt und bittet herein. Drinnen mag man erahnen, wie es zugegangen sein mochte, als noch Gäste kommen durften. Doch das scheint Ewigkeiten zurückzuliegen. Wie freundliche, gleichwohl stumme Platzhalterinnen, die die Abwesenden vertreten sollen, haben zwei menschengroße Matrjoschkas-Aufsteller vor dem Tresen Position bezogen, deren eine mit ihren aufgemalten Fähnchen an etwas erinnert, das mal deutsch-sowjetische Freundschaft hieß. Dahinter hat Marquardt Platz genommen. Der gelernte und staatlich geprüfte Destillateur betreibt in vierter Generation die 1877 gegründete, am Rande der »roten Insel« gelegene Schöneberger Kneipe, deren Interieur seit mehr als 100 Jahren im Grunde unverändert geblieben ist. Welche Auswirkungen der Corona-Pandemie ihn am meisten treffen? Der Kneipier muss nicht zögern: »Dass keine Solidarität mehr herrscht, kaum mehr zwischenmenschliche Beziehungen bestehen.« Und gibt es angesichts der traurigen Lage so etwas wie eine kollektive Organisation der Wirtsleute, Pläne, die Mietzahlung angesichts ausbleibender Einnahmen zu verweigern, eine Art Mietstreik der Gaststätten?



»Bis jetzt nicht, da fehlt es an Zusammenhalt in unserer Branche. Und der Gaststättenverband tut sehr sehr wenig für uns, zum Beispiel Hilfen zu beantragen oder wenigstens dem Senat einmal unsere Situation richtig darzustellen.«

Ortswechsel. An einem Sonntag, ebenfalls Ende März, lädt das »Laika« zu Freibier ein. »Wir vermissen Euch alle«, heißt es in der Einladung. Aber vor allem: »Es ist Pandemie, die Kneipen haben geschlossen und auch unserer Getränke bleiben im Keller liegen. Bevor sie schlecht werden, geben wir sie lieber Euch.« Auf dem kleinen Platz vor der Neuköllner Kiezchenke, benannt zu Ehren jenes Pioniertiers, das dank sowjetischer Weltraumtechnologie als erstes Lebewesen den Erdboden verließ, versammeln sich, Abstand während und ausgestattet mit Maske und Becher, vornehmlich jüngere Leute, den Gerstensaft sich einverleibend vor seinem Verfall zu retten. Man gerät ins Gespräch. »Kriegt ihr, wo doch der Gaststättenbetrieb zur Zeit ruhen muss, Corona-Hilfen?« »Ja, aber das heißt ja bloß, dass der Vermieter die Kohle bekommt.« Wäre denn da nicht naheliegend, staatlich zu verfügen, die Gewerbetriebe, auszusetzen? »Machst du Wit-

ze? Damit wäre ja das Allerheiligste der bürgerlichen Gesellschaft, das Eigentum, berührt«, gibt eine von der Laika-Crew zurück.

Der Stadtsoziologe Andrej Holm sagt: »Vor allem kleine Läden und Geschäfte, die auf Publikumsverkehr angewiesen sind, geraten durch die Einnahmeverluste in wirtschaftliche Schieflagen. Das Gewerbemietrecht ist da eher gnadenlos: Gewerbetreibende tragen ein sogenanntes Verwendungsrisiko der Mietsache und sind grundsätzlich zur vollen Mietzahlung verpflichtet – unabhängig davon, ob es gerade Einnahmen gibt oder nicht. Nur in Ausnahmefällen gibt es Kulanzangebote von der Vermieterseite; das Gewerbemietrecht selbst bietet keinen Schutz.«

Raimon Marquardt vom Schöneberger Leydicke kann das bestätigen. »Die Vermieter kommen den Pächtern bestenfalls teilweise entgegen: Mal 'ne Stundung oder mal 'ne Miete aussetzen, aber sicher kein kompletter Verzicht auf die Miete während des Lockdowns.« Illusionen über die herrschenden Betriebsabläufe macht er sich schon lange nicht mehr. »Da soll etwas umgemodelt werden, es soll nur noch Geschäfte geben, die Profit abwerfen. Der Anteil der Gaststät-

ten am Bruttosozialprodukt ist verschwindend gering. Wir sind ökonomisch nicht relevant und werden daher auch die letzten sein, die wieder öffnen dürfen. Und einen Termin machen wie im Einzelhandel, geht nicht. Ich will ja nicht zu meinen Gästen sagen: Komm von 21 bis 22 Uhr und dann beile dich bitte mit deinem Bier.« Sicher, die Kneipe ist keine Profitmaschine, aber was ist sie dann, wer braucht sie? »Kneipe ist auch ein Kulturgut«, sagt Marquardt. »Sie dient der Kommunikation in der Gesellschaft und wenn sie nicht mehr da ist, geht etwas Wichtiges verloren.«

Endgültig nicht mehr da ist seit dem 25. März die linke Kreuzberger Kollektivkneipe »Meuterei«. Im vergangenen Sommer hatte der Eigentümer vor dem Berliner Landesgericht einen Räumungstitel erwirkt, die Polizei rückte in Größe und Performance eines Armeebataillons an, diesen Eigentumsanspruch gegen die Verteidiger der Meuterei mit seinen Gewaltmitteln zu exekutieren. Wieder eine weniger.

Was das nun alles bedeutet, weiß Marquardt. Keine Kneipen mehr? »Das nutzt dem großen Arbeitgeber, denn es schafft Vereinzelung.«

ANZEIGEN

rotes-berlin.de/shop

Leeren der Revolution Basis-Spiel | 15 €
Erweiterung „Dong Fang Hong“ | 5 €

Marcel Kunzmann: Theorie, System & Praxis des Sozialismus in China
Buch, 126 Seiten | 9,90 €

Xi Jinping Werke
Hardcover | je 24 €

Vermummungsutensil „Wuhan“
verschiedene Motive | 9 €

Hammer & Sichel Geschenkpapier „Good News from Cuba/China“
DIN A2 | 1 €

News from Cuba/China
T-Shirts | 15 €
Hoodie | 25 €

Jetzt wieder XS-XXXXL!

Che & Chandler
★ Linke Literatur im Netz ★

<p>Karl Marx: Das Kapital Nikol 2020 2736 Seiten Gebunden EAN: 9783868205961</p>	<p>Terry Eagleton: Materialismus Promedia 2018 192 Seiten Taschenbuch EAN: 9783853714331</p>	<p>Robert Fitzthum: China verstehen Promedia 2018 224 Seiten Taschenbuch EAN: 9783853714423</p>	<p>Ulrich Mies, u.v.m.: Fassaden-Demokratie und tiefer Staat Promedia 2017 272 Seiten Taschenbuch EAN: 9783853714256</p>
Vollständige Gesamtausgabe 3 Bände im Schuber - 29,95 €	50% Ersparnis früher 17,90 € - jetzt 8,95 € (M)	50% Ersparnis früher 17,90 € - jetzt 8,95 € (M)	50% Ersparnis früher 19,90 € - jetzt 9,95 € (M)

www.che-chandler.de ★ info@che-chandler.de ★ 033087 53902-0

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Georg Auernheimer
Wie gesellschaftliche Güter zu privatem Reichtum werden
Über Privatisierung und andere Formen der Enteignung
Post und Bahn privatisiert, Krankenhäuser und Immobilien verschleibt: Während hier die Privatisierung von Infrastruktur im Fokus steht, treiben westliche Akteure im globalen Süden zu »wildem Praktiken« der Enteignung (Land- und Wasserraub, Biopiraterie). Doch vielerorts formiert sich Widerstand.
ISBN 978-3-89438-752-5 | 188 Seiten | € 14,90

Domenico Losurdo
Der westliche Marxismus
Wie er entstand, verschied und auferstehen könnte
In der Loslösung von den epochalen Emanzipationskämpfen sieht Losurdo den Ursprung des »westlichen Marxismus«. Um die Grenzen dieser Denktradition aufzuspüren, setzt er sich auseinander mit Schriften von Bloch, Horkheimer und Adorno über Althusser und Foucault bis Agamben, Badiou, Žižek, Tronti, Negri und Hardt. Ausführlich wird auch Hannah Arendt einbezogen.
ISBN 978-3-89438-694-8 | 279 Seiten | € 19,90

Zwei Morde, ein Täter?

Burak Bektas und
Luke Holland

In der Nacht vom 4. auf den 5. April 2012 stehen fünf junge Männer zwischen 16 und 22 Jahren in der Rudower Straße in Berlin Neukölln. Sie unterhalten sich und machen Pläne für das kommende Wochenende. Wie aus dem Nichts tritt ein älterer Mann auf die Jugendlichen zu und beginnt sofort zu schießen. Dann verschwindet er wieder unerkannt in der Dunkelheit. Trotz schneller Hilfe durch die Notärzte des gegenüber gelegenen Klinikum Neukölln stirbt Burak Bektas an den schweren Schussverletzungen. Zwei weitere schwerverletzte junge Männer können gerettet werden. Der Mörder wurde nie gefasst – bis heute, trotz sehr vieler Hinweise aus der Bevölkerung. Am 5. April 2018 weihte die »Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektas« in unmittelbarer Nähe des Tatortes ein Denkmal ein. Fast im Wochentakt wird das Denkmal mit Chemikalien beschmiert und muss durch Angehörige und Freunde von Burak Bektas wieder gereinigt werden.

Ein weiteres Mordverbrechen: Am 20. September 2015 wurde in der Neuköllner Ringbahnstraße vor der Bar »Del Rex« der 31jährige Brit Luke Holland ohne jede Vorwarnung erschossen. Luke Holland telefonierte gerade mit seinen Eltern. Der Täter wurde kurz darauf verhaftet und später zu elf Jahren Haft verurteilt. In seiner Wohnung wurden sehr viele Hinweise auf eine faschistische Gesinnung gefunden. Tatvorgang und Täterbeschreibungen ähneln dem Verbrechen drei Jahre zuvor. Ein Zusammenhang beider Taten konnte nie bewiesen, aber auch nicht widerlegt werden. Ein jeweils faschistisches Motiv wurde von den Behörden bloß »vermutet«.

Am Ostersonntag, Buraks Todestag, zog ein Gedenkmarsch durch Neukölln, gemeinsam mit Freunden von Luke Holland. Die Eltern von Burak Bektas warten immer noch auf Antworten. Sie wollen wissen, wer ihren Sohn ermordet hat und warum er gestorben ist. Vielleicht würden sie endlich Antworten erhalten, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft auch mit dem rechten Auge richtig hinschauen würden. (ilo)

ANZEIGE



Ossietzky erscheint
alle zwei Wochen.

www.ossietzky.net

Tatort Neukölln

Eine rechte Anschlagsserie und die
effektive Unterlassungsarbeit
der Polizei



Von Peter Wegner

Wer sich gegen Rechts engagiert, wird terrorisiert. So lässt sich die Serie von Anschlägen auf Antifaschisten in Rudow zusammenfassen, die seit 2011 diesen Neuköllner Ortsteil überzieht. Scheiben von Wohnungen, Läden, Cafés und Büros wurden eingeworfen, Wände mit Morddrohungen beschmiert, Autos und Häuser angezündet. Die begangenen Taten und die verwendeten Materialien trugen eine eindeutige Handschrift und konnten einer bestimmten Gruppe von Neonazis zugeordnet werden.

Die Hauptverdächtigen sind Sebastian Thom, wegen Gewalttaten vorbestraft, zeitweilig Bezirksvorsitzender der NPD, 2016 aus dem Gefängnis entlassen, Tilo Paulenz, der dem AfD-Bezirksvorstand als Obmann des völkischen »Flügels« angehörte, und Julian B., ehemals Wahlkandidat der NPD, ebenfalls polizeibekannt.

2011 veröffentlichten sie auf ihrer Internetseite ein Foto, auf dem sie sich hinter einem Transparent versammelt hatten, das die Aufschrift trug: »Linke Strukturen angreifen und Vernichten! Wo bleibt euer Widerstand? Bei uns startet schon der Angriff!« (Rechtschreibung im Original)

Verharmlosen und vertuschen

Nach der ersten Anschlagsserie zwischen 2011 und 2013 begann 2016 in Neukölln eine zweite. Es geht um mindestens 72 Taten, davon mehr als 20 Brandstiftungen. Die Anschläge treffen ganz unterschiedliche Menschen und Objekte.

Schon 2005 waren auf der Naziwebseite nw-berlin.net hunderte Namen, Fotos und Adressen von Personen, Läden und Lokalen – auch aus Rudow – veröffentlicht worden, die den Neonazis ein Dorn im Auge waren. Die Polizei sah derweil »keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung«.

Doch auch die Opfer der erneuten Anschlagsserie ab 2016 mussten feststellen, dass die Ermittlungen stockten, die Täter nicht gefasst und Verfahren immer wieder eingestellt wurden. Sie organisieren Aufmerksamkeit und kämpfen darum, dass die Bedrohung endlich ernst genommen, dass endlich gehan-

delt wird, denn von staatlicher Seite erwarten sie sich längst keine Hilfe mehr.

Beim Lesen älterer Berichte über die faschistischen Neuköllner Anschläge stellen sich viele Fragen. Wie konnte es sein, dass die Ermittler Jahr für Jahr im Dunkeln tappeten? Dass Täter nicht gefasst und Verfahren immer wieder eingestellt werden?

Weil die Aufklärung der Taten seit Jahren nicht von der Stelle kommt und von etlichen Ungereimtheiten begleitet wird, verstärkt sich der Eindruck, dass die staatlichen Behörden nicht nur nicht willens oder unfähig waren, die Terrorserie zu beenden, sondern dass sie selbst darin verstrickt sein könnten.

Dubiose Kontakte

Matthias Fenner, leitender Staatsanwalt des Staatsschutzes, bekundete im März 2017 gegenüber Paulenz seine Sympathie für die AfD, was der wiederum einem Parteikumpen berichtete. Diesen Chat hatte der Verfassungsschutz aufgezeichnet und wurde so einem zweiten mit den Neuköllner Fällen befassten Staatsanwalt bekannt, der das allerdings lange für sich behielt. Als das herauskam, sah sich die Polizeipräsidentin schließlich gezwungen, beide Staatsanwälte im August 2020 zu versetzen. Die Polizei, von auswärtigen Verfassungsschützern informiert, wusste weit vor dem Brandanschlag auf das Mitglied der Partei Die Linke, Ferat Kocak, im Januar 2018, dass der von Paulenz und Thom ausspioniert wurde, warnte ihn aber nicht.

Bei einer Hausdurchsuchung wurde bei Thom eine Festplatte mit einer Feindesliste entdeckt, die Namen von mehr als 500 Personen enthielt. Die Polizei behauptete jahrelang, die Liste sei verschlüsselt gewesen und daher habe sie die Betroffenen nicht warnen können. Nur: eine solche Verschlüsselung gab es nicht.

Der LKA-Beamte Pit Weber (im Januar 2019 auf eigenen Wunsch aus dem Polizeidienst ausgeschieden) wurde von Polizisten dabei beobachtet, wie er sich im März 2018 privat mit dem Hauptverdächtigen Thom und drei weiteren Neonazis in dessen Stammkneipe in Rudow traf und sich im Anschluss gemeinsam mit Thom in seinem Fahrzeug vom Ort entfernte.

Die Berliner Datenschutzbeauftragte Maja Smolczyk stellte fest, dass Beamte des LKA aus dem Polizeicomputer Daten von in Neu-

kölln wohnenden Adressaten rechtsextremer Morddrohungen ohne ersichtlichen dienstlichen Bezug abgefragt hatten. Smolczyk fand es »äußerst irritierend«, dass die Polizei die betreffenden Beamten nicht nennen wollte.

Eine interne Sonderkommission der Polizei wollte im Februar 2021 zu den Ermittlungen in Neukölln keine gravierenden Fehlleistungen der Polizei feststellen. Sie spricht von einem Kommunikationsproblem mit den Betroffenen und gibt der Presse Schuld an Vorverurteilungen.

Eifer und Dienstbeflissenheit hingegen zeigte die Staatsanwaltschaft im August 2020, als sie zwei Menschen anklagte, weil sie Thom in seiner Ehre verletzt hätten. Die Angeklagten hatten in Rudow ein Plakat aufgehängt, auf dem Thom und ein weiterer Neonazi als verantwortlich für Anschläge, Propaganda, Übergriffe und Mordversuche in Neukölln bezeichnet wurden. Der Versuch der Staatsanwaltschaft Thom vor »über Nachrede« zu beschützen, schlug fehl. Die Angeklagten wurden freigesprochen.

Kein Ende in Sicht?

Die Opfer der faschistischen Anschlagsserie übergaben dem Berliner Senat am 4. November 2019 eine Petition mit gemeinsamen Forderungen und 25.000 Unterschriften, in der sie die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses forderten, die auch von der BVV Neukölln mehrheitlich unterstützt wird, sowie weiterhin die restlose Aufklärung der Straftaten. Nach eineinhalb Jahren müssen sie ernüchert feststellen, dass seitdem nichts passiert ist.

Am 23. Dezember 2020 wurden Thom und Paulenz festgenommen, waren aber im Januar 2021 schon wieder auf freiem Fuß. Die Festnahmen erfolgten ohnehin bloß, weil dem bisherigen Staatsanwaltschaft wegen Befangenheit die Fälle entzogen worden waren und die Berliner Generalstaatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen hatte. Solange die bekannten Täter frei herumlaufen und ihre Anschläge nicht geahndet werden, kann sich niemand vor Neonazis in Neukölln sicher fühlen.

Doch zu sicher sollten sich auch die Faschisten nicht fühlen. Gegenwehr kommt von den Initiativen »Hufeisern gegen Rechts« und »Rudow empört sich!«, in denen sich Betroffene und Engagierte gegen die Nazis zusammengeschlossen haben.



Die Neuköllner Anschlagsserie – eine unvollständige Chronologie

Juni und November 2011, Britz: Das Anton-Schmaus-Haus, Treffpunkt für Kindergruppen und Jugendliche der Falken, wird angezündet.

Ab September 2011, Britz: Insgesamt sieben Mal werden Haus und Auto der Familie S. in der Hufeisensiedlung attackiert, nachdem Frau S. sich geweigert hatte, NPD-Wahlpropaganda entgegenzunehmen. Das war übrigens der Anlass zur Gründung der solidarischen Anwohnerinitiative »Hufeisern gegen Rechts«, die seitdem sehr erfolgreich antifaschistische Arbeit macht.

Zwischen Juni 2016 und Februar 2018 werden in Rudow, Britz und der Gropiusstadt, den südlichen Stadtteilen von Neukölln, immer wieder Autos zu nächtlicher Stunde angezündet. Betroffen sind Bezirksverordnete der SPD, Aktive in der Flüchtlingshilfe, Mitarbeiter der Falken, ein IG Metalller, ein Kommunalpolitiker der Linkspartei, ein Buchhändler und andere Menschen, die sich links, antirassistisch oder antifaschistisch engagieren.

Dezember 2016, Rudow: Bei der Buchhandlung Leporello fliegen Steine in das Schaufenster, das Auto des Eigentümers geht in Flammen auf. In der Buchhandlung hatte Tage zuvor eine Veranstaltung mit dem Titel »Was tun gegen die AfD? Aufstehen gegen Rassismus« stattgefunden.

Dezember 2016, Nord-Neukölln: Sechs Häuser werden mit Morddrohungen gegen dort wohnende Antifaschisten beschmiert. Nach demselben Muster wurden auch im Februar 2017 sechs Häuser beschmiert und im März 2019 vier weitere Häuser.

November 2017, Britz und Nord-Neukölln: Insgesamt 16 »Stolpersteine« für Ermordete des Naziregimes werden in der Nacht vom 6./7. 11. entfernt, können aber mit Hilfe einer Spendenaktion schnell ersetzt werden.

Zwischen Dezember 2018 und Juni 2020: mehrfach werden in Nord-Neukölln in der Wildenbruchstraße (dort leben vielfach Anwohner mit Migrationsgeschichte) Hauseingänge, ein Imbiss, ein Späti, Läden und Lokale attackiert, in Brand gesteckt, mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert und Reifen zerstochen.

Oktober 2019 und Juni 2020, Nord-Neukölln: Die bekannte Konditorei Damaskus in der Sonnenallee wird mit Nazisymbolen beschmiert, Schaufenster werden eingeworfen, ein Lieferwagen brennt ab.

Quelle: arbeiterpolitik.de



Foto: Chris Grabert / www.flickr.com/photos/chris_grabert/26304009586 / CC BY-NC-SA 2.0

Die DKP-Neukölln fordert:



Faschistisch motivierte Straftaten als das benennen, was sie sind

Immer wieder heißt es von offizieller Seite, Anschläge, die deutlich ein rassistisches bzw. faschistisches Motiv erkennen lassen, seien das Werk von Einzeltätern, deren politische Einstellung nicht klar sei. Doch die Häufung solcher Fälle sowie die Tatmuster deuten auf eine organisierte Vorgehensweise hin. Die Veröffentlichung von Listen von linken Läden, Gaststätten, Treffs etc. und daraufhin folgende Anschläge auf solche Orte, der Terror gegen einzelne Menschen, die sich gewerkschaftlich, parteilich und/oder antifaschistisch engagiert haben, belegen dies. Daher sind die Anschläge als das zu bezeichnen, was sie real sind: faschistischer Terror.

Öffentliche Aufklärung über die Verstrickung von Behörden in rechten Organisationen

Immer wieder verweisen Medienberichte auf Verbindungen von Neonazis zu Mitarbeitern in den Strafverfolgungsbehörden hin, darüber hinaus gibt es Hinweise auf offene Sympathien von Behördenmitarbeitern für faschistische Positionen. Wir fordern schonungslose Aufklärung und die Entfernung dieser Unterstützer des rechten Terrors aus ihren Ämtern.

Parlamentarische Aufklärung unter Beteiligung antifaschistischer Organisationen

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss besitzt das Recht zur Akteneinsicht und Zeugenvernehmung, um den Umgang der Ermittlungsbehörden mit den rechten Straftaten in Neukölln zu untersuchen. Daher muss ein solches Gremium zur Aufklärung der Anschläge eingerichtet werden. Wir halten es jedoch für erforderlich, dabei von Anfang an die mit diesem Thema seit langem befassten Initiativen und Organisationen mit einzubeziehen – Aufklärung unter demokratischer Kontrolle.

Antifa stärken. Schluss mit der Repression!

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Arbeit von antifaschistischen Initiativen und Organisationen unverzichtbar ist im Kampf gegen das Erstarken neofaschistischer Gruppen. Daher muss Schluss sein mit der staatlichen Repression dieser Gruppen. Vielmehr sollte ihre Arbeit finanzielle Unterstützung erhalten, ohne dass dies an Bedingungen oder Auflagen geknüpft wäre. Dazu gehört auch, dass die Gemeinnützigkeit der VVN wieder uneingeschränkt anerkannt wird.

Veranstaltung

Ausstellung

Buchvorstellung

Gedenken

Stadtführer

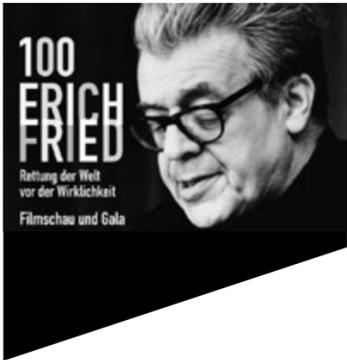


Foto: gemeinfrei



Foto: Ausstellungsplakat



Foto: Cover



Foto: gemeinfrei



Foto: Cover

Erich Fried 100

Erich Fried, 1921 in Wien geboren, gestorben 1988 in Baden-Baden, wäre am 6. Mai 100 Jahre alt geworden. Er floh nach dem Tod seines Vaters vor den Nazis nach England und blieb dort, mischte sich aber immer wieder in aktuelle Diskussionen ein. Der Kampf gegen Militarisierung und das Erstarken faschistischer Kräfte, Vietnam, aber auch die Hysterie über RAF-Sympathisanten sind einige seiner Themen. Bekannt sind vor allem seine Liebesgedichte.

Um den Dichter wieder- oder neu zu entdecken, laden *Melodie & Rhythmus* und *junge Welt* am Samstag, den 8. Mai zu einer ganz besonderen Veranstaltung ein. Zunächst werden Filmproduktionen der DEFA und der BBC über Fried gezeigt, die Filmemacher diskutieren über ihre Werke. Der Fried-Biograf Lampe stellt unveröffentlichte Filmschnipsel vor. Zur Fried-Gala am Abend kommt neben diversen Künstlern und Wegbegleitern des Dichters auch sein Sohn Klaus zu Wort, die Liedermacherin Barbara Thalheim vertont mit Jazz-Trio Friedtexte.

Coronabedingt wird die Veranstaltung über das Internet gestreamt. Der Zugang ist kostenlos, die Veranstalter bitten aber um den Kauf von Solieintrittskarten. (dk)

● **Weitere Infos und Solikartenverkauf:**
www.jungewelt.de/erich-fried

Der proletarische Blick

Das Bröhan-Museum in Charlottenburg zeigt die Ausstellung »Der proletarische Blick – Arbeiterfotografie der 1920er Jahre von Kurt Pfannschmidt, und Richard Wolke«. Die Webseite des Museums bietet zudem eine Onlineführung und einen Videorundgang an. Dort verweist die Kuratorin, Julia Hartenstein, auf den »neutralen, dokumentarischen« Charakter der Bilder, die Szenen aus dem Alltag der Berliner Arbeiterklasse der Weimarer Republik präsentieren. Allerdings zeigen geschickte Aufnahmen von Arbeitersportlern und proletarischen Familien am Badese, wie die des Kommunisten Kurt Pfannschmidt, eine Ästhetik, die über ein Archivieren von Einzelmomenten hinausweist. Die Ausstellung umschließt u. a. auch Ausschnitte aus der vom KPD-nahen Neuen Deutschen Verlag herausgegebenen Zeitschrift »Der Arbeiter-Fotograf«. Die Ausstellungsstücke laden also nicht nur zum Bildgenuss ein, sondern ermöglichen Einblicke in die politisch-künstlerischen Debatten des fotografierenden Teils der Arbeiterbewegung jener Zeit. (km)

● **Weitere Infos:**
Bis zum 29. August
<https://www.broehan-museum.de/>

Wo bleibt der Kampf?

Eine Feststellung im Radio: »Der Begriff der Klasse ist irgendwie abhanden gekommen«, sagt Christian Baron, Mitherausgeber des Sammelbands »Klasse und Kampf« im Gespräch mit dem SWR. »Alle definieren sich als Mitte oder Mittelschicht. Vom Arbeitslosengeld-II-Empfänger bis zu einem Millionär wie Friedrich Merz.« Im Band finden sich vierzehn Beiträge, darunter von Schriftstellern wie Anke Stelling oder Clemens Meyer. Die Kernfragen liefert der Verlag: »Was bedeutet es, in einem reichen Land in Armut aufzuwachsen? Zur ›Unterschicht‹ zu gehören und dafür ausgelacht und ausgegrenzt zu werden?« Mag sich gut anhören, wenn Autorinnen und Autoren wieder von einer Klassengesellschaft reden, auch wenn die Vermutung naheliegt, dass da weniger die Kämpfe der Klasse, als vielmehr ein Abarbeiten am fragwürdigen Klassismusbegriff drinstecken. Klasse bedeutet eben nicht nur Diskriminierung, sondern Herrschaft. Wer selbst über das Buch urteilen will: ab Dienstag, 13.4., 19 Uhr ist die Buchvorstellung per Stream abzurufen. Ausrichter ist die Volksbühne. (km)

● **Maria Barankow und Christian Baron (Hrsg.): »Klasse und Kampf«, Ullstein-Verlag, Berlin 2021, 224 Seiten, 20 Euro**

Torgau, 25. April 1945

Wir versprochen einander, dass die Nationen der Erde in Frieden leben sollten und müssten«, so berichtete der US-amerikanische Schütze Joe Polowsky über seine Begegnung mit sowjetischen Soldaten im April 1945 bei Torgau. Sein dortiges Grab zeugt noch immer von seinem lebenslangen Kampf für den Frieden. Unermessliches Leid wurde durch den Weltkrieg über die Menschheit gebracht. Trotzdem werden die Kriegstrommeln wieder gerührt. Die Bedrohungslüge gegenüber Russland und China ist uralt. Der deutsche Imperialismus mischt dabei vorne mit.

Der Schwur von Torgau muss lebendiges Zeugnis unseres Strebens nach einer Welt ohne Krieg, nach Frieden und Völkereundschaft bleiben. Es ist unsere Pflicht, Widerstand gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung und der NATO zu leisten.

Auf zur großen Friedensdemonstration am Elbe-Tag 2021 in Torgau! (hm)

● **Weitere Infos:**
Beginn: 12:00 Uhr am Brückenkopf, Ostufer der Elbe.
Aus Berlin fahren zwei Busse dorthin, Anmeldung über: druck@dkp.berlin.

Rosa in Berlin

Ein Büchlein, das Neugier weckt: kurze bebilderte Kommentare zu 40 Orten, die mit Rosa Luxemburgs Leben während ihrer Berliner Jahre (16. Mai 1898 bis 15. Januar 1919) verbunden sind. Man möchte diese Orte einen nach dem anderen besuchen. Zu 15 dieser Stationen enthält dieser ungewöhnliche Stadtführer Hörstücke, die beim Audiportal Soundcloud abrufbar sind: ergänzende Schilderungen aus dem Leben Rosa Luxemburgs und Bemerkungen zu ihren politischen Positionen. Audiostück 9 zum Beispiel zeigt etwas von ihrer Arbeits- und Vortragsweise. Einer der Orte, an dem Rosa am Vorabend des Ersten Weltkrieges wiederholt als Rednerin auf großen Veranstaltungen auftrat, war die »Neue Welt« an der Hasenheide. Da sah sie jene »Wirtschaftsform« kommen, »die zugleich von Hause aus Weltform und in sich ein harmonisches System ist, weil sie nicht auf die Akkumulation, sondern auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschheit selbst durch die Entfaltung der Produktivkräfte des Erdrundes gerichtet sein wird«. (sm)

● **Claudia von Gélieu: Rosa Luxemburg in Berlin. Ein biografischer Stadtführer in 40 Stationen. Dietz Verlag, Berlin 2021, 136 Seiten, 6 Euro**



Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstützte die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

- vierteljährlichen
- halbjährlichen
- jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro.)

Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von

_____ Euro

- Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37)
Verwendungszweck: Anstoß oder Wahlkampf 2021

- Bitte schick mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

- Bitte schick mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
- Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
- Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mit wirken.

Bitte schick mir von jeder Ausgabe

_____ Exemplare,

die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____

Adresse: _____

Email / Telefon: _____

Weitere Hinweise:

Berlin, den _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Allein gelassen

Die Pandemie fördert kein Umdenken in der Gesundheitspolitik. Drei Beispiele

1. Testen, testen, testen lautet die Devise dieser Tage. Die Labore, in denen die Tests ausgewertet werden, können als systemrelevant bezeichnet werden. Das heißt aber noch lange nicht, dass denjenigen, die da auswerten, ein ordentlicher Lohn gezahlt wird. So ist es in der Labor Berlin GmbH, einer gemeinsamen Tochtergesellschaft der Berliner Kliniken Vivantes und Charité. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) weist seit Jahren auf die großen Gehaltsunterschiede zwischen den Angestellten des Tochterunternehmens und den direkt bei den Kliniken Beschäftigten hin. Ohne Tarif erhalten die Mitarbeiter vom Labor Berlin neun bis 31 Prozent weniger als etwa die Kollegen der Charité, für die der Haustarifvertrag gilt.

2. In der Pandemie sollen Krankenhäuser nicht notwendige Operationen verschieben und Betten frei halten. Das Minus, das sie dabei erwirtschaften, kann in die Insolvenz führen. Vor allem kleine Standorte werden dann schnell fallengelassen. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 20 Kliniken bzw. einzelne Stationen geschlossen, darunter Bereiche, die Coronapatienten behandelt haben, sowie auch Intensivstationen. Zu der von Gesundheitsökonomien forcierten Konzentration von medizinischen Leistung in Großkliniken passt das wiederum sehr gut. Aktuelles Berliner

Beispiel ist die Wenckebach-Klinik in Tempelhof. Das zum Vivantes-Konzern gehörende Haus soll bis 2025 schrittweise in das Schöneberger Auguste-Victoria-Krankenhaus (AVK) überführt werden. Das ist auch Teil der »Vivantes-Strategie 2030«, nach der das Krankenhaus Neukölln und das AVK ausgebaut werden sollen. Beschäftigte, die sich gegen die Schließung des Wenckebach-Hauses wehren, befürchten einen Qualitätsverlust in der Großklinik. Außerdem bedeutete die Schließung der Wenckebach-Notaufnahme eine weitere Arbeitsverdichtung der verbleibenden zwei Rettungswachen in Tempelhof, wie die Berliner Zeitung am 16. März berichtete.

3. Das dominierende Thema dieser Tage sind die Impfungen gegen Covid 19, die zu langsam vorankommen. In der Welthandelsorganisation WTO gab es in den letzten Monaten Streit darüber, ob der Patentschutz für Covid 19-Impfstoffe wenigstens zeitweise aufgehoben werden könnte. Indien und Südafrika beantragten gemeinsam mit Ländern des globalen Südens, nun endlich selbst die dringend benötigten Medikamente herstellen zu können. Letztlich erfolglos, denn die Pharma-Monopolisten aus den USA und aus Westeuropa haben sich in der WTO wieder einmal durchgesetzt. Exportstopps verschiedener Länder verschärfen die Lage noch.

Tatsächlich wurde und wird die Forschung, Entwicklung und Testung der Impfstoffe aus diesen Ländern mit staatlichen Mitteln bezahlt. Die großen Hersteller streichen unterdessen die Gewinne ein. Dank Patentierung zu hohen und höchsten Preisen. Viele Länder haben dabei das Nachsehen.

Dabei geht es auch anders: Kuba entwickelt insgesamt vier Impfstoffe gegen Corona. Einer davon befindet sich jetzt in der Massenproduktion. Von den geplanten 100 Millionen Dosen sollen 70 Millionen in lateinamerikanischen Nachbarstaaten verteilt werden. Russland hat die Lizenzproduktion von Sputnik V mit mehreren Ländern vereinbart, die bereits anläuft. China hat vielen Ländern Lieferungen seiner bisher drei Impfstoffe angeboten.

Der Mangel an verfügbaren Impfstoffen in Deutschland hat seine Ursachen im fehlenden Interesse einiger Kapitalfraktionen an einem schnellen Ende der Pandemie und deren Hoffnung auf Gewinnmaximierung bei den pharmazeutischen Produkten. Politische Barrieren und geostrategisches Interesse an Abgrenzung zu konkurrierenden Ländern bedeuten, die Coronakrise auf dem Rücken breiter Bevölkerungsschichten auszutragen.

DKP-Betriebsgruppe Gesundheit

Gesundheit in Bewegung

Nur Widerstand kann für Fortschritt sorgen

Mittlerweile kämpfen die Pflegekräfte in den Krankenhäusern und Pflegeheimen gegen die dritte Corona-Welle an. Die Anzahl der Patientinnen und Patienten, die Intensivpflege benötigen, steigt erneut an. Parallel dazu sind die Erkrankten auf den anderen Stationen zu versorgen. Mehr Personal ist unbedingt erforderlich, aber nicht vorhanden. Viele Pflegekräfte arbeiten seit Monaten am Limit. Während ihrer Schichten bleibt kaum Zeit, auf Toilette zu gehen oder einen Schluck zu trinken. Diejenigen, die auf den Corona-Stationen in kom-

pletter Schutzausrüstung arbeiten, sind zudem besonderen Belastungen ausgesetzt und bräuchten wischendurch Tragepausen. Nach der Schicht sinken manche der Pflegekräfte völlig erschöpft zusammen, weinend und kaum noch in der Lage, den Weg nach Hause anzutreten. Aber da ist auch Wut über diese Zustände, denn bereits vor der Pandemie fehlte es den Kliniken an Personal, war die Arbeitsbelastung enorm hoch, die Bezahlung schlecht und die Ausstattung mit Material mangelhaft.

Aus Protest gegen diese Gesundheitspolitik hat sich das Berliner

Bündnis »Gesundheit statt Profite« gegründet. Im Bündnis sind sowohl pflegerisches als auch ärztliches Fachpersonal sowie gesundheitspolitisch und gewerkschaftlich Aktive organisiert. Hervorgegangen ist das Bündnis aus dem »Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus«, das den Volksentscheid »Gesunde Krankenhäuser« initiiert hatte, der Anfang des Jahres vom Berliner Verfassungsgericht für unzulässig erklärt wurde. Mit neuer Kraft und bundesweit vernetzt setzt sich »Gesundheit statt Profite« neben verbindlichen, am Bedarf orientierten Personalschlüs-

seln für ein Ende der Profitorientierung, die Vergesellschaftung des Gesundheitswesens und die Selbstbestimmung für alle Gesundheitsberufe ein. Der Berliner Protest im Gesundheitswesen soll damit breiter werden, denn »Privatisierung und Profitmaximierung« betreffen »nicht nur die stationäre, sondern die gesamte Gesundheitsversorgung«, heißt es auf der früheren Homepage des Bündnisses. Mitwirken ist unbedingt erwünscht.

● **Weitere Informationen unter:** <http://www.berlin-gesundheit-statt-profite.de>.

Unverrückbar in Prenzlauer Berg

Vor 135 Jahren wurde Ernst Thälmann geboren



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1986-0414-405 / Franke, Klaus / CC-BY-SA 3.0

Auch wer sich noch nicht sehr intensiv mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt hat, kennt den Namen Ernst Thälmann. Noch immer gibt es viele Straßen und Plätze weltweit, die nach ihm benannt sind. Eine Insel vor Kuba und ein Platz in Ho-Chi-Minh-Stadt tragen seinen Namen. In Berlin gibt es das Wohngebiet Thälmann-Park in Prenzlauer Berg mit dem bekannten Denkmal davor. Das Monument wurde vom sowjetischen Künstler Lew Kerbel entworfen und ist aus ukrainischem Granit. Es steht unverrückbar seit 1986 auf seinem Platz. Nicht gerade geliebt vom Berliner Senat, beschmiert mit Graffiti – aber immer noch aufrecht und fest. Nachdem die Berliner DKP in einem offenen Brief auf diesen Zustand hingewiesen hatte, soll das Denkmal nun endlich gereinigt werden.

Wer war Ernst Thälmann? Geboren am 16. April 1886 in Hamburg, kehrte er nach einer turbulenten Jugend mit einem kurzen Aufenthalt als Landarbeiter in den USA 1909 nach Hamburg zurück, verdingte sich als Hafearbeiter und setzte sich sehr konsequent für die Interessen seiner Kollegen ein. Die großen Hafearbeiterstreiks und die Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg prägten seine gesamte politische Entwicklung. 1921 lernte Thälmann in Moskau auch Lenin kennen. Nach einem Handgranatenanschlag der faschistisch-terroristischen Organisation Consul mussten er und seine Familie vorübergehend untertauchen.

Ab Mai 1924 war Thälmann Reichstagsabgeordneter der KPD in Berlin und ab September 1925 auch ihr Vorsitzender. Am 3. März 1933, zwei Tage vor den Reichstagswahlen und wenige Tage nach dem Reichstagsbrand wurden er und seine Frau Rosa verhaftet. Sie wurden brutal aus ihrer Berliner Wohnung in Alt-Lietzow in Charlottenburg verschleppt. Elf Jahre war Thälmann ohne Prozess eingekerkert und wurde am 18. August 1944 im KZ Buchenwald ermordet. Auf dem Friedhof in Friedrichsfelde kann man ihn mit Blumen ehren. Natürlich immer im Januar nach der großen Demo – aber eigentlich jeden Tag. (ilo)

Die Klassenfrage stellen

Die gefährliche Illusion der Sozialpartnerschaft überwinden, dem deutschen Imperialismus in den Arm fallen.
Von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Im Windschatten der Pandemie werden schon jetzt Angriffe auf die soziale Situation der Arbeiterklasse, aber auch auf die der Kleingewerbetreibenden vorbereitet. So lässt sich davon ablenken, dass wir es mit einer kapitalistischen Krise zu tun haben, die schon viel früher begann.

Wie wird sich dieser Angriff auf die soziale Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen äußern? Wenn irgend möglich nicht als gleichmäßige Breitseite gegen alle Werktätigen. Schon am Beispiel der Kurzarbeit lässt sich die Spaltung gut erkennen. Manche erhalten auf diese Weise fast ihr altes Nettogehalt, andere landen bei 60 bis 67 Prozent. Allen wird aber vermittelt, das Kurzarbeitergeld sei eine staatliche Wohltat. Die Wahrheit aber, dass mit den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten die Betriebe subventioniert werden, ist kaum jemandem bewusst.

Zu erwarten steht eine Insolvenzwelle, die vor allem Kleinbetriebe, Kleingewerbetreibende und Kulturschaffende treffen wird. Sie wird am stärksten in jenen Branchen sein, in denen die Beschäftigten kaum organisiert sind, zum Beispiel in der Gastronomie, im Fremdenverkehrswesen und im Kulturbereich. Darüber hinaus wird es zu Insolvenzen bei vielen Automobilzulieferern kommen.

Arbeitsplatzabbau droht in der Automobilindustrie, im Maschinenbau und in der Stahlindustrie. Der ausgegrenzte Teil der Klasse wird rapide wachsen, die Kapitalisten werden versuchen, das unbefristete Vollzeitverhältnis endgültig zur Ausnahmeerscheinung zu machen.

Das alles droht, wenn sich die Werktätigen nicht kollektiv und solidarisch zur Wehr setzen.

Eine weitere Form der Krisenabwälzung dürfte eine neue Welle der Privatisierung öffentlichen Eigentums sein. Das wird die Kommunen, vermutlich das Gesundheitswesen und alle Bereiche der sogenannten Daseinsvorsorge betreffen. Nicht auszuschließen ist eine neue Offensive der Privatisierung im Bereich des Nah- und Fernverkehrs. Die kommunalen Haushalte werden weiter austrocknen.

Die Pandemie wird zudem als Notstandsübung genutzt. Auffällig ist, dass der Reproduktionsbereich, also Freizeit, Erholung, Kultur und so weiter, erheblichen Einschränkungen unterliegt, während der Produktionsbereich ebenso wie der Nahverkehr, der die Menschen zur Arbeit bringt, kaum betroffen ist. Wenn die Schulen offenbleiben, dann vor allem deshalb, weil die Eltern der Schüler zur Arbeit sollen. Aus diesem Grund erscheint das Handeln der Herrschenden so widersprüchlich. Und diese Widersprüchlichkeit bildet sich auch im Massenbewusstsein ab.

Die Klassenfrage spielt im Massenbewusstsein kaum eine Rolle. Das ist der Grund, auf dem tatsächliche Widersprüche zu falschen Schlussfolgerungen verleiten. Berechtigte Fragen, wer denn an den Impfstoffen verdiene, verirren sich dann zur Ablehnung von Impfungen oder zu wilden Spekulationen über Bill Gates. Die berechtigte Skepsis, die Bill- und Melinda-Gates-Stiftung habe Wohltaten für die Menschheit im Sinn, gerät zur Fokussierung auf den Kapitalisten Gates anstatt auf den Kapitalismus als System. Die Ahnung, die Einschränkung der Grundrechte könne zur Notstandsübung in Permanenz werden, führt zur Verwischung der wahren Herrschaftsverhältnisse, wenn Merkel und Drosten ins Gefängnis gewünscht werden, vom Monopolkapital aber keine Rede ist.

Warum ist die Klassenfrage im Massenbewusstsein marginalisiert? Nach wie vor wird ein Teil der Arbeiterklasse ökonomisch integriert. Auf diesen Teil der Arbeiterklasse wirkt die Ideologie von der angeblichen Sozialpartnerschaft, oft gekoppelt mit Standortdenken, das den Nationalismus fördert. Ein anderer Teil der Arbeiterklasse, das sogenannte Prekariat, ist weitgehend von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und liegt, viel schlimmer noch, weitgehend außerhalb der gewerkschaftlichen Solidarität.

Wenn sich ernsthaft etwas ändern soll, muss die Klassenfrage und die Wiederverankerung von Klassenbewusstsein zum Dreh- und Angelpunkt werden, muss in der Arbeiterbewegung wieder die Erkenntnis verankert werden, dass der Grundwiderspruch zwischen der gesellschaftlichen Arbeit und der privaten Aneignung besteht, zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das heißt zugleich, dass die Illusion von der Sozialpartnerschaft, die eine Spaltung der Klasse befördert und Standortdenken, Nationalismus und Rassismus das Feld bereitet, zurückgedrängt werden muss. Nur so kann der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen vom Kapital nicht dazu instrumentalisiert werden, unterschiedliche Standorte und Belegschaften, national wie international, gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen eine Debatte darüber, wie der ausgegrenzte Teil der Arbeiter in die Interessenvertretung der Klasse integriert werden kann. Solange sich diese Aus-

grenzung teilweise selbst reproduziert, kann die Bourgeoisie mit dieser »Reservearmee« spalten und ihre Klassenherrschaft ideologisch absichern.

Wir müssen auch die Gesamtstrategie des deutschen Imperialismus in die Debatte bringen. Wir müssen deutlich machen, dass Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen die andere Seite einer Weltmachtstrategie des deutschen Imperialismus sind. Kernstück dieser Strategie sind NATO-Integration, eigene Hochrüstung, nukleare Teilhabe und die Einkreisung der Russischen Föderation und der VR China. Wir müssen darum kämpfen, dass der Kampf gegen die Hochrüstung und die NATO-Integration, für Frieden mit Russland und der VR China wieder sehr viel stärker in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verankert wird.

Der Antikommunismus ist ideologisches Gift für eine selbstbewusste Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Delegitimierung der DDR, gegen antirussische und antichinesische Propaganda ist eine zentrale Aufgabe des ideologischen Klassenkampfes.

Welche Anforderungen ergeben sich daraus für uns? Vor allem müssen wir stärker werden. Wir müssen um Mitglieder kämpfen, wir müssen um unsere Verankerung in der Arbei-

terklasse, in Gewerkschaften und Betrieben, wir müssen um unsere Verankerung im Osten Deutschlands kämpfen.

Die Klassenfrage, die Analyse der Strategie des deutschen Imperialismus und die Frage, was das für den Friedenskampf und die Kämpfe um soziale und demokratische Rechte bedeutet, können nur wir in die Arbeiterbewegung tragen, das nimmt uns keiner ab. Zentrale Eckpunkte im Friedenskampf müssen sein: Raus aus der NATO; Weg mit den Atomwaffen aus Büchel; stoppt das Bomberprogramm; für Frieden mit Russland und der VR China.

Des weiteren gilt: Schluss mit dem Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen; Geld ist genug da; Banken und Konzerne sollen zahlen; runter mit der Rüstung. Stoppt den weiteren Abbau demokratischer Rechte; keine Bundeswehr im Inneren. Dazu gehört auch die Frage des Streikrechts, die Frage, wer darüber bestimmt, was produziert wird. Die Situation im Gesundheitswesen schreit genauso wie die Situation in der Automobil- und Stahlindustrie nach gesellschaftlichem Eigentum und gesellschaftlicher Planung. Die Arbeiterbewegung braucht eine neue Debatte über Vergesellschaftung, ohne uns wird es sie nicht geben.

● **Auszüge aus dem Referat der 3. Tagung des DKP-Parteivorstands, 28./29. November 2020, Essen**



»Die Linkspartei ist für mich nicht mehr wählbar«

Ein Gespräch mit Hans Bauer über die Positionen der Kommunisten vor den Wahlen zum Bundestag im September

Für die Bundestagswahlen im September kandidierst Du auf Listenplatz eins der Berliner DKP. Was hat Dich dazu bewogen?

Ich bin Kommunist. Als ich gefragt wurde, musste ich nicht lange überlegen, um Ja zu sagen. Ich bin der Überzeugung, dass die Kommunisten am konsequentesten die Interessen der Menschen vertreten, vor allem aber auch die brennenden Fragen der Gegenwart am Klarsten beantworten, gerade, was die Zuspitzung der internationalen Lage angeht sowie auch die Polarisierung zwischen arm und reich in Deutschland.

Du warst Mitglied der Kommunistischen Plattform (KPF) bei der Partei Die Linke. Wäre ein stärkeres Engagement bei der Linkspartei nicht auch eine Option gewesen?

Ich bin vor zwei Jahren aus der Partei Die Linke ausgetreten. Sie war schlicht nicht mehr meine Partei. Mit sozialistischen geschweige denn kommunistischen Inhalten hat diese Organisation im Prinzip nichts mehr zu tun. Ich bin allerdings auch weiterhin verbunden mit Kommunisten und Sozialisten in der Linkspartei, von denen es zum Glück noch einige gibt. Aber die Partei als Ganzes ist für mich nicht mehr wählbar und auch kein Partner mehr.

Gibt es Genossen in der KPF, die kritisieren, dass Du für die DKP kandidierst?

Nein, mir sind keine Vorwürfe bekannt. Manche bedauern es allerdings, dass ich aus der Partei Die Linke ausgetreten bin.

Immer wieder mal war aus dem Umfeld der Linkspartei so etwas zu hören wie: »Ihr habt recht mit Eurer Kritik an dieser Partei, aber eine eigenständige Kandidatur der DKP raubt uns nötige Stimmen. Denn auch wenn sich die Partei weit von ihren ursprünglichen Positionen entfernt hat, könnte sie gleichwohl eine wie auch immer geartete Verbesserung der Verhältnisse bewirken.« Was hältst Du davon?

Kann schon sein, dass der Partei Die Linke Stimmen verlorengehen. Aber entscheidend ist doch, wofür diese Partei steht. Und da erkenne ich nur wenige Positionen, die sie von anderen Parteien grundlegend unterscheidet.

Welche Standpunkte im Rahmen des Wahlkampfes sind Dir persönlich wichtig?

Das sind vor allem drei Aspekte: Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit. Was das angeht, knüpfe ich an die Erfahrungen in der DDR an, ohne damit sagen zu wollen, dass ich ein Nostalgiker bin. Es geht mir dabei um Gegenwart und Zukunft. Der Frieden war in der DDR vorrangig und er muss es auch heute sein. Die aktuelle deutsche



Foto: DKP-Berlin

Hans Bauer war stellvertretender Generalstaatsanwalt in der DDR und ist Vorsitzender der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH)

Politik jedoch betreibt eine gänzlich entgegengesetzte Politik. Die Bundesrepublik ist fast schon ein Kriegsstaat geworden – nach innen und nach außen. Was nun die Wahrheit betrifft, geht es mir um die Frage, wie heute mit der DDR umgegangen wird. Das ist eines der Kernprobleme, das auch meine Organisation, die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) berührt. Und Gerechtigkeit betrifft natürlich vor allem die soziale Gerechtigkeit, aber eben nicht nur: Wir von der GRH kämpfen um Nicht-Diskriminierung. In der Bundesrepublik Deutschland, die sich Gleichbehandlung und Gleichberechtigung auf ihre Fahnen schreibt, ist davon nicht viel zu spüren, schon gar nicht gegenüber ostdeutschen Bürgern, die sich zur DDR bekennen.

Eckhard Jesse, einer der Erfinder der Extremismustheorie, hat die GRH als einen Ort der »primitiven DDR-Apologie« bezeichnet.

Über so viel Dummheit kann ich bloß lachen. Es geht nicht darum, die DDR als Paradies zu verklären, sondern so zu sehen, wie sie war – auch kritisch, aber vor allem anerkennend, dass dies ein Staat war, der sich auf dem Weg zum Sozialismus befand bzw. in vielen Bereichen schon sozialistisch war. Der Historiker Kurt Gossweiler bezeichnete die DDR mal als »Kapitel 1« des Sozialismus in Deutschland.

Wie würdest Du das Verhältnis zwischen unmittelbaren sozialpolitischen und grundstürzenden Forderungen in Richtung Aufbau des Sozialismus beschreiben?

Kommunisten müssen auch innerhalb der

gegebenen Verhältnisse für Veränderungen kämpfen. Das betrifft den Kampf um Frieden, aber auch soziale Veränderungen. Kommunisten können nicht bloß auf die Zukunft setzen, sie müssen die Gegenwart verändern. Jedoch mit der klaren Haltung, dass dieses System die drängenden Fragen unserer Zeit nicht lösen können. Die Kommunisten müssen auf allen Ebenen aufklären, was sie eigentlich wollen: Sie wollen die Gegenwart verändern, um eine lebenswerte Zukunft aufzubauen, nämlich den Sozialismus.

Mit dieser Haltung ist es in diesem Land doch ziemlich einsam um die DKP. Wie soll sich der Zuspruch zu solchen Fragen erhöhen?

Dass es um den Zuspruch zum Sozialismus nicht sonderlich gut bestellt ist, hängt natürlich mit unserer Niederlage zusammen. Wenn eine Sache einmal als gut und richtig erkannt ist, heißt das ja noch nicht, dass man um sie nicht kämpfen müsste. Das erfordert, die Realitäten anzuerkennen und zu versuchen, Bündnisse zwischen progressiven, linken, sozialistischen Kräften zu schließen. Nötig wäre zunächst, eine Einheit unter den Kommunisten herzustellen. Diese Aufgabe ist dringend. Das alles ist ein langer und schwieriger Weg. Wir reden hier von Jahrzehnten. Im Moment steht die Frage einer sozialistischen Veränderung nicht auf der Tagesordnung. Zu erwarten steht allerdings auch nicht, dass der Kapitalismus sich gleichsam von selbst in einen Sozialismus transformiert, wie es bisweilen von Spitzenpolitikern der Linkspartei zu hören ist.

Ebenso wenig steht zu erwarten, dass der Kapitalismus plötzlich friedlich würde. Du hast davon gesprochen, die Bundesrepublik sei beinahe schon ein Kriegsstaat. Ist das nicht ein überzogenes Urteil?

Wenn man berücksichtigt, was sich die deutsche Politik auf diesem Gebiet leistet, dann sicherlich nicht. Als Jurist habe ich auch immer das Völkerrecht im Blick und

die Frage, wie die Vereinten Nationen das Verhältnis der Staaten untereinander und unbeschrieben ihrer jeweiligen Verfasstheit festlegen. Und demgemäß, muss ich sagen, spielt Deutschland eine sehr schlechte Rolle, auch unter Verletzung der UNO-Regelungen. Man muss sich einmal anschauen, wie sich Deutschland seit 1990 auf der Weltbühne verhält: diese Arroganz, diese Überheblichkeit und der anmaßende Glaube, es könne seine Wertvorstellungen auf die ganze Welt übertragen. Eine der grundlegenden Maxime im Völkerrecht ist die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Aber die Bundesrepublik mischt sich besonderen Maße in die Belange anderer Staaten ein. Das größte Problem ist dabei für Deutschland offenbar Russland. Die deutsche Regierung hat überhaupt nichts aus der Geschichte gelernt. Russland ist heute einer der Gegenpole gegen imperialistische Aggression. Das klare Bekenntnis der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland muss daher lauten: Frieden mit Russland.

ANZEIGE

ELBE-TAG
 TORGAU 1945-2021 * 76. JAHRESTAG DER BEGEGNUNG
 90. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS NAZIDEUTSCHLANDS AUF DIE SOWJETUNION

DEMONSTRATION AM 24. APRIL 2021
 12.00 Uhr am Brückenkopf / Bräuer – Elsterbrücke – Jürgens Markt – Denkmal der Befreiung

TREFFPUNKT:
12:00 UHR AM BRÜCKENKOPF

DKP, KPD, KAS, BILDZITTE, WELTZEITUNG



Stimme gegen Krieg und Kapitalismus

Kernaussagen der DKP zu den Bundestagswahlen 2021



Foto: Uwe Hilsch

Das Wahljahr 2021 steht im Zeichen einer der heftigsten Krisen der letzten Jahrzehnte. Die Coronapandemie hat diese Krise verstärkt und zugleich die Widersprüche im Kapitalismus für viele offensichtlich gemacht. Bei der Pandemiebekämpfung geht es nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern um das Aufrechterhalten der Produktion und die Sicherung der Interessen des Monopolkapitals, der Banken und Konzerne. Die Pandemie wird zu Angriffen auf die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen genutzt. Die Krisenlasten werden auf die Arbeiterklasse abgewälzt, während Konzerne und Banken Milliarden geschenkt erhalten. Zeitgleich erleben wir eine Verschiebung der weltweiten Kräfteverhältnisse. Die USA kämpfen gegen ihren Niedergang und rüsten mit ihrem westlichen Militärbündnis NATO immer aggressiver gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Deutschland marschiert hinsichtlich des Gegners im Gleichschritt mit der NATO. Gleichzeitig will es an der Spitze und mit der EU zur eigenständigen Macht werden und rüstet dreifach auf: Es zahlt in die Kriegskassen von NATO und EU und arbeitet an der eigenen Kriegsführungsfähigkeit. Die Kriegsgefahr ist durch die einseitige Aggression der imperialistischen Staaten gegen Russland und die VR China enorm gewachsen. Europa kann zum Zentrum eines atomaren Schlachtfeldes werden.

Gleichzeitig erleben wir die Wucht einer ökologischen Krise, die sich vordergründig in der menschengemachten Erderwärmung ausdrückt. Sie stellt die Lebensgrundlage der Menschen in Frage, wird verursacht durch Profitgier und kapitalistische Produktionsweise und verschärft sich angesichts der Ressourcenverschwendung immer weiter. Die Maßnahmen der Bundesregierung, allen voran die CO₂-Steuer, werden die Um-

weltkatastrophe nicht aufhalten und nicht zum Einhalten der Ziele des Pariser Abkommens führen. Statt dessen dienen sie der Umverteilung von unten nach oben. Die Arbeiterklasse soll zahlen. Ein richtiges Instrument wäre hingegen die Streichung der Subventionen im Bereich der fossilen Industrie und damit die Beschneidung der Profite der Konzerne.

Im Kapitalismus sind nicht die Menschen relevant, sondern der Profit, dem alles untergeordnet wird. Eine kleine Minderheit steht gegen die Interessen der Mehrheit. Dieses System ist überlebt. Es bedroht Mensch und Natur. Die Richtigkeit der mehr als 100 Jahre alten Aussage von Friedrich Engels, dass »die bürgerliche Gesellschaft (...) vor einem Dilemma (steht): entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei«, ist heute so offensichtlich wie noch nie.

Die Reichen sollen zahlen

In dieser tiefen Krise wird von der Politik alles getan, die Interessen des Monopolkapitals zu schützen und seine Macht zu bewahren. Deutsche Banken und Konzerne wollen gestärkt aus der Krise gehen. Es werden massenhaft Arbeitsplätze vernichtet, allein in der Metall- und Elektrobranche geht es um 250.000 Jobs. Millionen Menschen werden zu Hartz-IV-Empfängern gemacht, Jugendliche ihrer Zukunft beraubt, immer mehr Kinder und Alte leben in Armut. Eine neue Privatisierungswelle ist im Gang, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst. Die Coronapandemie wird genutzt, um noch mehr und stärker öffentliches Eigentum, zum Beispiel im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen, zu privatisieren. Viele Kommunen sind durch Sparzwang

und Schuldenbremse kaum noch handlungsfähig. In der Folge verschlechtern sich die Bedingungen für Beschäftigte drastisch, während die Preise für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge steigen. Für viele Menschen reicht es nicht mehr zum Nötigsten. Sie können zum Beispiel wegen Lohnausfällen durch Kurzarbeit Miete und Strom, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kultur nicht mehr bezahlen. Auch Menschen, die bisher zu den Gutverdienern zählten, geraten in der Krise finanziell unter Druck. Die Stahlindustrie droht mit dem Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, um Subventionen zu erpressen. Die Automobilindustrie lässt sich ihren Umbau von den Beschäftigten bezahlen. Gewinner sind die großen Banken und Konzerne. Ihre Interessen werden von den Regierenden gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen durchgesetzt.

Die Coronapandemie hat noch einmal verdeutlicht, was die Beschäftigten im Kapitalismus wert sind. Millionen Menschen wurden und werden in Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit geschickt. Diejenigen, die im Gesundheits- und Bildungswesen, im Öffentlichen Personennahverkehr und im Einzelhandel beklatscht wurden, werden viel zu schlecht bezahlt. Die meisten von ihnen gingen auch bei den Tariffrunden in der Krise leer aus. Die Reallöhne sinken. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt es an Personal, dort steigen Arbeitszeiten und Stress. Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, Klinikschließungen und das Fallpauschalensystem gefährden die Gesundheit von Personal und Patienten. In den Schulen werden Kinder und Jugendliche aus armen Haushalten systematisch abgehängt, weil sich Lehrerinnen und Lehrer nicht ausreichend um sie kümmern können und es ihnen zum Beispiel an nötiger Technik für das Home-Schooling fehlt.

Wir fordern:

- Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz; für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Schluss mit der Privatisierung; für die Überführung der gesamten Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum
- Keine Subventionen für Konzerne und Aktionäre – Vergesellschaftung ist die Alternative
- Für eine bedarfsgerechte Pflege und mehr Personal im Gesundheitswesen; weg mit den Fallpauschalen
- Für mehr Lehrerinnen, Lehrer und Sozialarbeiter; für kleinere Klassen – weg mit dem selektiven Schulsystem
- Weg mit dem Hartz-IV-System; für eine Rente, die ein Alter in Würde garantiert
- Verbot von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung; Verbot von Werkverträgen, wenn sie der Aushöhlung von Normalarbeitsverträgen dienen
- Für die Millionärssteuer

Wir fordern:

- Runter mit der Rüstung – das Geld für Bildung, Soziales und Gesundheit
- Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen gestoppt werden
- Stoppt das Bomberprogramm der Bundesregierung
- Deutschland muss raus aus der NATO – die US-Atombomben müssen raus aus
- Büchel dicht machen
- Schluss mit den Sanktionen durch USA, EU und BRD – für antiimperialistische Solidarität
- Frieden mit Russland und der VR China

Wir fordern:

- Verteidigen wir die demokratischen Grundrechte
- Kein Bundeswehreininsatz im Innern
- Gegen den Ausbau von Überwachung und Repression
- Hände weg von der VVN-BdA, Antifaschismus ist gemeinnützig
- Für das Recht auf politischen Streik
- Klassensolidarität statt Spaltung – Es gibt keine Sozialpartnerschaft mit dem Kapital

Gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte

Protest soll unterbunden werden. Staat und Kapital brauchen die geschlossene Heimatfront: Die Ziele der Herrschenden werden den Beherrschten als die ihren verkauft. Das erfolgt durch eine ideologische, nicht zuletzt antikommunistische, Offensive, die Medien, Bildung und Kultur zusehends instrumentalisiert. Teile der Arbeiterklasse werden eingebunden, Widerstand wird diffamiert und durch den Abbau demokratischer Rechte kleingehalten. Im Schatten der Coronapandemie wurden die Grundrechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, aber auch das Streikrecht beschnitten. Überwachung und Schnüffelei in sozialen Medien wurden ausgebaut, Polizeigesetze verschärft. Die Arbeit antifaschistischer und demokratischer Organisationen wie die der VVN-BdA wird erschwert bis unmöglich gemacht. Der Bundeswehreininsatz im Innern – zum Beispiel durch Amtshilfe in den kaputtgesparten Gesundheitsämtern – soll zur Normalität werden.

Wir erleben eine umfassende Rechtsentwicklung, einen reaktionären Staatsumbau, zur Sicherung der Herrschaft der Monopole. Die Arbeiterklasse wird jeden Tag aufs Neue von den Herrschenden gespalten. Stammbesellschaften werden gegen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ausgespielt. Beschäftigte sollen im Erwerbslosen ihren Feind sehen, deutsche Werktätige in ausländische Kolleginnen und Kollegen. Dieser Spaltung müssen wir entgegenwirken. Es ist höchste Zeit, dass sich die Arbeiterklasse formiert und geeint gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr setzt. Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften, die die Interessen der ganzen Klasse vertreten; Gewerkschaften, die nicht nur um höhere Löhne kämpfen, sondern auch für Frieden, gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus und den Abbau demokratischer Rechte. Wir brauchen Gewerkschaften, die die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen führen. Die Ideologie der Sozialpartnerschaft muss zurückgedrängt werden. Dafür setzen wir uns als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein.



Jetzt für die DKP zur Bundestagswahl unterschreiben



Für den Sozialismus!

Die aktuellen Krisen des Kapitalismus sind keine Ausrutscher. Wir erleben eine allgemeine Krise des Kapitalismus, die den Eigentums- und Produktionsverhältnissen, der kapitalistischen Konkurrenz- und Profitlogik entspringt. Für Profite gehen Banken und Konzerne über Leichen. Sie vernichten unsere Arbeitsplätze und zerstören unsere Lebensverhältnisse, Umwelt und Natur. Für die Sicherung der Profite werden Kriege geführt, werden wir und andere Völker ausgebeutet, werden Flucht, Migration und der Tod Tausender verursacht. Dieser Teufelskreis kann nur durch grundlegende Veränderungen der Eigentums- und Produktionsverhältnisse durchbrochen werden. Das Gegenmodell zum krisenhaften Kapitalismus ist eine Organisation der gesellschaftlichen Planung und des gesellschaftlichen Eigentums. Das Gegenmodell ist der Sozialismus.

Dafür kämpft die DKP. Sie steht in der Tradition von KPD und SED. 40 Jahre lang ist es im Osten des Landes gelungen, mit der Profitlogik zu brechen, einen antifaschistischen Staat aufzubauen, der den Menschen Arbeit, Bildung, Kultur und kostenlose Gesundheitsversorgung garantiert hat; einen Staat, von dessen Boden kein Krieg ausging. Die DDR war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. 30 Jahre Konterrevolution haben all das zunichte gemacht, haben die Menschen in der DDR in die Vergangenheit katapultiert und ihr Lebenswerk zerstört und diskreditiert. Heute gilt es aus den Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und auch aus Fehlern zu lernen, aber es gibt keinen Grund, sich für diesen Friedensstaat zu entschuldigen.

Mit diesen Positionen zur Bundestagswahl hat die DKP ein Alleinstellungsmerkmal. Sie kandidiert gegen CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und AfD. Sie stellt auch eine Alternative zur Partei Die Linke dar, die ihre Positionen nicht zuletzt in der Friedenspolitik zusehends aufweicht und immer stärker auf Parlamentarismus und Mitregieren orientiert. Der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus steht nicht mehr auf der Agenda der Linkspartei. Eine Stimme für die DKP ist eine klare Aussage für eine radikal fortschrittliche Politik. Die DKP kandidiert zu den Wahlen, um ihre Positionen zu verbreiten und um mehr Menschen für den antimonopolistischen Kampf, den Kampf gegen die Macht der Banken und Konzerne und für die Interessen der Mehrheit der Menschen zu mobilisieren. Dieser Kampf wird in erster Linie auf der Straße, sicher nicht allein in den Parlamenten geführt. Deshalb sind wir aktiv in Kommunen, Gewerkschaften und Betrieben. Wir kandidieren, um den Menschen in diesem Land die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme gegen Krieg und Kapitalismus abzugeben. Wir kandidieren auch, um unsere Organisation, die Kommunistische Partei in diesem Land, zu stärken. Sie wird gebraucht. Unterstützt uns, die Kommunistinnen und Kommunisten.

Gegen Krieg und Hochrüstung

Die Bevölkerung soll sparen, aber die Ausgaben für Rüstung und Krieg steigen. Die Rüstungsausgaben sollen sich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nahezu verdoppeln. Seit 2014 sind sie um 40 Prozent gestiegen. Für 2021 beschloss der Bundestag einen »Verteidigungshaushalt« von knapp 47 Milliarden Euro. Die Bundesregierung forciert die Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, um künftig auch unabhängig von der NATO Krieg führen zu können. Es geht um Einfluss auf dem Weltmarkt, um Ressourcen, um Ausbeutung und die Unterjochung anderer Länder. Die Hochrüstung verschlingt immense Summen, die in allen Bereichen des sozialen Lebens – für Bildung, Gesundheit, Kultur, Öffentlichen Personennah- und Fernverkehr – fehlen, und sie erhöht die Kriegsgefahr.

Seit 1990, seit dem Ende des Friedensstaates DDR, beteiligt sich Deutschland aktiv an der US-geführten Regime-Change-Politik, um Länder, die sich dem Imperialismus nicht freiwillig unterordnen, gefügig zu machen. Die Mittel sind ökonomischer Druck durch Sanktionen, militärische Übergriffe und Angriffskriege. Diese Politik wird durch das Agieren der Russische Föderation und der Volksrepublik China allerdings zusehends erschwert. Beide Staaten sind zur Gefahr der imperialistischen Dominanz geworden. Bei wachsender Konkurrenz untereinander sind sich die Imperialisten deshalb einig in ihrem Feindbild und ihrer Herrschaftssicherung. Durch Truppenverlagerung auf dem Land und zu Wasser, das Aufkündigen von Abrüstungsverträgen und die Aufrüstung vor allem im atomaren Bereich werden Russland und die Volksrepublik China bedroht.

In dieser gefährlichen Zuspitzung spielen die US-Atombomben im rheinland-pfälzischen Büchel und die nukleare Teilhabe der BRD eine Schlüsselrolle. Dafür steht das Bomberprogramm der Bundesregierung. Sie will 140 neue Bomber anschaffen, 30 davon sollen Atombomben tragen und abwerfen können.

ANZEIGEN

Jetzt am Kiosk!

Melodie & Rhythmus
MAGAZIN FÜR GEDANKEN
Echtzeit mit dem
Zeitgeist

Titelthema: Irrationalismus & Wahn

Erhältlich auch im jW-Shop unter jungewelt-shop.de

WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

Wer hat Angst vor wem?

Die Tageszeitung junge Welt
Deutungskampf
Hintergrundberichte über die Situation in der Region und die Welt
aus der Perspektive der Arbeiterbewegung
www.jungewelt.de

Drei Wochen gratis. Für alle, die es wissen wollen.

Abo endet automatisch. jungewelt.de/probeabo oder 0 30/53 63 55 84

Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos lesen.

Bestellung ins europäische Ausland zu gleichen Konditionen, aber für zwei Wochen

Das Probeabo geht an mich an folgende Adresse
(bitte Einverständnis der Adressatin/des Adressaten einholen)

Frau Herr Anstoß

Vorname	PLZ/Ort
Name	Telefon
Straße/Nr.	E-Mail

Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die Verlag 8. Mai GmbH zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung, zur Fortführung des Abonnements und zu Verlagsangeboten kontaktiert. Dieses Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin). Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Datum/Unterschrift

Die Belieferung beginnt ab dem nächstmöglichen Montag oder ab Montag, den

Das Probeabo kann nur einmal innerhalb von zwölf Monaten pro Haushalt bestellt werden.

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48

Frauenrechte – Immer erkämpft!



Foto: DKP-Berlin

Bomber kaufen, Krankenhäuser schließen? Das ist doch verrückt!« stand auf einem Transparent, mit dem die DKP Friedrichshain-Kreuzberg am 8. März vor dem Urban-Klinikum stand. Mit einer kleinen Kundgebung zum Internationalen Frauentag solidarisierte sich die DKP-Gruppe insbesondere mit den Beschäftigten des Gesundheitswesens in der Pandemie. Natürlich stand im Vorfeld die Frage, ob eine solche Kundgebung trotz der Pandemie sinnvoll ist. Aber wenn Pflegekräfte und Reinigungspersonal unter Hochdruck und schlechten Bedingungen arbeiten müssen, können Kommunistinnen und Kommunisten nicht in den politischen Lockdown gehen. So fand die Kundgebung bei strahlendem Sonnenschein mit Unterstützung anderer DKP-Gruppen und türkischer Kommunistinnen und Kommunisten der TKP statt.

Die DKP Friedrichshain-Kreuzberg erinnerte in ihrem Redebeitrag an die Ursprünge des Kampftags der Arbeiterklasse vor 110 Jahren. Damals gingen mehr als eine Million Frauen für ihr Wahlrecht auf die Straße. Das und vieles andere wurde erkämpft, doch heute werden Frauen im Schnitt immer noch mit einem um 20 Prozent niedrigeren Lohn abgespeist als Männer. Von der Pandemie sind sie besonders betroffen: Viele müssen ihre Arbeitszeit reduzieren, um ihre Kinder zu betreuen und zuhause zu unterrichten. Im Gastgewerbe, Einzelhandel und Friseurhandwerk sind Frauen besonders hart von Kurzarbeit betroffen. Das Betriebsaktiv Gesundheit der DKP informierte über die Pflegeberufe, in denen der Frauenanteil überproportional hoch ist: »Um die gesundheitliche Versorgung zu bewerkstelligen, werden Überstunden geschoben – bei miserabler Entlohnung.« Auch die Berliner Friedenskoordination wandte sich an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Es sei absurd, dass das Geld für Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung immer weiter zusammengestrichen werde, während jährlich Rekordsummen in die Rüstung fließen. Christa Weber vom Weber-Herzog-Musiktheater las eigene Gedichte und Texte von Rosa Luxemburg, Irmtraud Morgner, Peter Maiwald, Bertolt Brecht und To Huu. Die Passanten freuten sich über rote Nelken. (ft)

Berliner Ostermarsch 2021



Foto: Uwe Hiks

Runter vom Sofa! Rauf auf die Straße!« Entgegen der Tendenz, Protest virtuell zu organisieren, folgten am 3. April etwa 1.000 Menschen dem Aufruf der Friedenskooperative nach Prenzlauer Berg. Der traditionelle Ostermarsch wurde in diesem Jahr von der Friedenskoordination Berlin, an der sich auch die DKP beteiligt, unter Coronabedingungen organisiert. Die Reden von Gewerkschafterinnen, Kulturschaffenden, Kirchenvertretern und weiteren Organisationen richteten sich gegen nukleare Bewaffnung, Drohnenkriege, Rüstungsexporte und Aufrüstung.

Letztere wird trotz Pandemie unvermindert vorangetrieben. Seit 2014 ist der Militärhaushalt Deutschlands um fast 50 Prozent gestiegen. Für 2021 konnte der NATO gemeldet werden, dass die Bundesregierung mehr als 50 Milliarden Euro für das Militär ausgeben will. Von schweren Waffen über Flugzeuge, die auch nuklear bestückt werden können, bis hin zur verbesserten elektronischen Kriegsführung ist alles dabei. Dieser Plan ist durchaus konsequent. Schon 2020 wurde im »Corona-Nachtragshaushalt« ein Budget von rund 700 Millionen Euro explizit nur für Militärzwecke berücksichtigt.

Zu dieser Aufrüstung passt dann auch die immer aggressivere Rhetorik gegenüber China und Russland. Die internationale Dominanz der sogenannten westlichen Welt schwindet. Das Militärbündnis NATO soll »Demokratie« und »Wohlstand« vor diesen Ländern schützen. Oder wie es Kriegsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) Anfang April im Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland formulierte: »Wir reden nicht nur über die Freiheit von Seewegen, die von China gefährdet wird, sondern wir sind auch bereit, etwas dafür zu tun.« Kurzum: Die Militärpolitik dient dem Machterhalt der herrschenden Klasse und nicht der Bevölkerung. Ein neuer Krieg, ja ein Weltkrieg, ist nach kapitalistischer Logik durchaus denkbar. Dagegen heißt es Widerstand zu leisten, den Kriegstreibern entgegenzutreten. Nicht nur zu Ostern. (tp)

Unblock Cuba!



Foto: Uwe Hiks

Seit über 60 Jahren sieht sich Kuba einer menschenverachtenden Blockade durch die US-Regierungen ausgesetzt. Mit dramatischen Folgen für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben auf der sozialistischen Insel. Nach einer erfolgreichen Kampagne im Jahr 2019 haben sich seit Oktober 2020 erneut mehr als 100 Kuba-Soligruppen, Medien, Parteien und Vereine aus 27 Ländern zu der von der Tageszeitung *junge Welt* initiierten europäischen Solidaritätskampagne »Unblock Cuba« zusammengefunden. Ziel ist es, möglichst viele Menschen auf die US-Blockade aufmerksam zu machen und die US-Regierung, aber auch die willfährigen Handlanger in Europa unter Druck zu setzen und sie aufzufordern, die Blockadepolitik bzw. deren aktive oder passive Unterstützung einzustellen.

Um eine möglichst große Öffentlichkeit zu erreichen, sollen in den europäischen Hauptstädten Werbemaßnahmen, Veranstaltungen und Aktionen stattfinden. In Berlin startet die Solidaritätskampagne am 17. April mit einer Kundgebung vor der US-Botschaft am Brandenburger Tor. In der Hauptphase vom 27. April bis zum 6. Mai werden in der Stadt u. a. Plakate hängen, Radiowerbung laufen und Anzeigen in verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen erscheinen. Auf diese Weise wird die jährlich in der UN-Vollversammlung stattfindende Abstimmung über ein Ende der Blockade begleitet. Am 24. April findet unter dem Motto »Jetzt reicht's! Stoppt die US-Blockade gegen Kuba!« eine Fahrraddemo von der kubanischen zur US-Botschaft statt. Auch auf den Demonstrationen am 1. Mai wird »Unblock Cuba« präsent sein. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Hauptphase sind in Planung. Die DKP unterstützt die Kampagne selbstverständlich tatkräftig. Finanziert wird die Solidaritätsaktion mit Spenden. Alle Informationen zur Kampagne, Spendenmöglichkeiten und Aktionsmaterial unter www.unblock-cuba.org. Informiert Euch! Werdet aktiv! (jp)

Friedrichshain-Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Kontakt über: fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeden ersten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Schachcafé »En Passant« Schönhauser Allee 58, 10437 Berlin

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 20.00 Uhr
Ort: Cafe »Ess Eins«, Kolonnenstraße 56, 10827 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Dienstag im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551
Kontakt über: treptow-koepenick@dcp-berlin.info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff Malplaquetstraße 12 13347 Berlin

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Spandau

Kontakt über: dcp-spandau@gmx.de

ANZEIGE

UZ-Dokumentationen

Mit dieser Reihe ergänzt und vertieft die Zeitung der DKP ihr Informationsangebot zu aktuellen politischen Themen und zu Fragen der Geschichte.



Das Kommunistische Manifest als Comic
Din A5, 4-farbig, 26 Seiten



Umwelt – eine akute Menschheitsfrage
Din A5, 4-farbig, 64 Seiten



70 Jahre DDR – Ein neues, besseres Deutschland soll es werden
Din A5, 4-farbig, 78 Seiten



60 Jahre KPD – Verbot und politische Justiz
Din A5, 4-farbig, 64 Seiten



Der Gesundheitsmarkt oder Krankheit als Geschäft
Din A5, 4-farbig, 22 Seiten



50 Jahre DKP – Diese Gesellschaft braucht eine legale Kommunistische Partei!
Din A5, 4-farbig, 80 Seiten

Preis jeweils 3 Euro – alle 6 Broschüren: 10 Euro | Preis inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten | Lieferung gegen Rechnung

Bestellungen an: uzshop.de | shop@unsere-zeit.de | Tel.: 0201 17788924